



Pressemitteilung

Stuttgart, 4. Mai 2009

SPD fordert tatsächliches Wahlrecht für Eltern

Bildungsexperte Zeller: „Rau will einfach nicht akzeptieren, dass Eltern nach einer Beratung selbst erkennen können, was für ihre Kinder das Beste wäre“

Die SPD-Fraktion fordert Kultusminister Helmut Rau auf, in den Sonderschulen nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern eine tatsächliche Reform zu starten. „Wir begrüßen zwar, dass Rau endlich nachgibt und die Sonderschulpflicht abschafft“, sagte Norbert Zeller, der Vorsitzende des Schulausschusses. Damit sei künftig ein gemeinsames Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern zumindest theoretisch verstärkt möglich. „Aber ein echtes Wahlrecht der Eltern will Rau weiterhin verhindern.“ Dabei sei die neue „Bildungskonferenz“, die den Eltern mögliche Schularten für ihr Kind vorschlagen solle, völlig unnötig. Das zeigten doch die bisherigen fünf Schulversuche im Land. „Rau will einfach nicht akzeptieren, dass Eltern nach einer Beratung selbst erkennen können, was für ihre Kinder das Beste wäre“, sagte Zeller. Er forderte, dass die behinderten Kinder tatsächlich einen Anspruch darauf haben sollten, an einer allgemeinbildenden Schule unterrichtet zu werden – und zwar ohne eine entsprechende Vorgabe durch eine Bildungskonferenz.

Zeller forderte die Landesregierung auf, an allgemeinbildenden Schulen sonderpädagogische Kompetenzen aufzubauen. Schließlich solle es ja auch das Modell von Rau ermöglichen, die Zahl behinderter Kinder an diesen Schulen zu steigern. Dafür müssten aber die Rahmenbedingungen angepasst werden. So dürfe die Klasse nicht mehr als 20 Schüler umfassen, wenn behinderte und nichtbehinderte Mädchen und Jungen zusammen unterrichtet würden. Zudem müsse immer ein zweiter Lehrer vorhanden sein.

Rau weiche mittlerweile stärker vom bisherigen Schulsystem ab, erklärte Zeller. Bislang habe es erste Korrekturen zwischen Haupt- und Realschule gegeben, jetzt sei er zu zaghaftem Vorgehen bei der Sonderschule bereit. „Offensichtlich merkt der Kultusminister, dass er mit sturem Festhalten an überholten Strukturen nicht weiterkommt“, sagte Zeller.

Dr. Roland Peter, Pressesprecher